Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 25. Sitzung

Anfrage 1: Das Geschäft mit dem Groll – Schwächen antiamerikanische Narrative auch die Bremer Wirtschaft?

Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Maßnahmen ergreift der Senat Bovenschulte, um in Zeiten zunehmender globaler Spannungen und wachsender antiamerikanischer Narrative die transatlantische Partnerschaft – insbesondere im Hinblick auf Bremens exportorientierte Wirtschaft – aktiv zu stärken?
2. Wie bewertet der Senat die Auswirkungen antiamerikanischer Rhetorik auf die Investitionsbereitschaft amerikanischer Unternehmen in Bremen, insbesondere im Bereich Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz oder Digitalisierung, und inwiefern sieht der Senat die wirtschaftlichen Interessen Bremens durch politische Feindbildkonstruktionen gegenüber den USA gefährdet?
3. Inwiefern hält der Senat die Aussagen „Europa ist auf den Knien“ und die Präsidentin der Europäischen Kommission habe sich dazu erniedrigen lassen „Trump die Stiefel zu lecken“ für eine angemessene Beschreibung, wenn es um die Bemühungen der Europäischen Union geht, eine einheitliche beziehungsweise abgestimmte Handelspolitik gegenüber den USA zu vertreten?

Zu Frage 1:

Die Verbindung zwischen Bremen und den USA ist eine historisch gewachsene Beziehung, die weit zurückreicht. Bereits wenige Jahre nach Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika hat diese 1783 durch erste diplomatische Kontakte ihren Anfang gefunden und gemeinsame Erfahrungen, Werte und Interessen begründet.

Bremen zählte in dieser Zeit zu den ersten Staaten, die die USA als unabhängigen Staatenverbund anerkannt haben. Dies und der anschließende Aufbau enger diplomatischer Beziehungen bilden das Fundament, das die Beziehungen in Handel und Politik bis heute trägt.

Auch die Entwicklung Bremerhavens, mit einem der größten Containerhäfen Europas, ist eng mit der Geschichte Amerikas verbunden. Mehr als 7 Millionen Menschen haben von 1832 bis 1974 über Bremerhaven Europa verlassen, von denen mehr als 90 Prozent ihre Reise mit dem Ziel USA antraten. Die transatlantische Verbindung Bremerhaven - New York wurde damit zur weltweit meistbefahrenen Überseeroute und verbindet die Familiengeschichte vieler deutsch-stämmiger US-Amerikaner bis heute auf besondere Weise mit dem Land Bremen.

Die USA sind auch heute noch ein sehr bedeutender Partner der bremischen Wirtschaft. Dies wird aus den folgenden Aspekten deutlich:

Mehr als 400 Bremer Unternehmen verfügen über regelmäßige Geschäftskontakte (Im- und Exporte) in die USA, über 80 bremische Unternehmen sind mit eigener Niederlassung in den USA vertreten und mehr als 30 US-amerikanische Unternehmen haben ihren Sitz in Bremen.

Mit insgesamt 6,38 Mrd. € Handelsvolumen – also der Summe aller Im- und Exporte – waren die USA im Jahr 2024 mit großem Abstand der wichtigste Handelspartner Bremens.

Rd. 5,4 Mrd. € dieses Gesamtvolumens waren Exporte aus Bremen in die USA, insofern steht der US-bremische Handel exemplarisch für das von der aktuellen US-Administration kritisierte Handelsbilanzdefizit der USA mit ihren internationalen Handelspartnern.

Eine monatsweise Betrachtung der Entwicklung des Handels in diesem Jahr zeigt nach einem starken ersten Quartal – vermutet werden hier Vorholeffekte in Erwartung der Zollankündigungen der US-Administration im April 2025 – ein gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgehendes Exportvolumen im zweiten Quartal. Es bleibt abzuwarten, ob es sich hier bereits um eine nachhaltige zoll- und unsicherheitsbedingte Handelsabschwächung handelt.

Eine ähnliche Tendenz ist bei den Einfuhren aus den USA nach Bremen nicht zu beobachten, die sich in den ersten zwei Quartalen im Rahmen der Vorjahresergebnisse bewegen.

Aufgrund der bereits geschilderten Bedeutung der USA für den Standort Bremen, werden diverse Maßnahmen betrieben, um die Verbindungen zu den Vereinigten Staaten aktiv zu stärken. Unter anderem

- ist Bremen Partner im Northern Germany Innovation Office - NGIO zusammen mit den Bundesländern Schleswig-Holstein und Hamburg zur Förderung des Technologietransfers zwischen den USA und den norddeutschen Partnern,
- hat die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation zusammen mit der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) in 2024 und 2025 Delegationsreisen zu KI-Themen ins Silicon Valley durchgeführt,
- verfolgt der Senat im Sinne einer Städtediplomatie den Ansatz, dass insbesondere wenn die Beziehungen auf nationaler Ebene von Schwierigkeiten geprägt sind, auf kommunaler Ebene der Austausch und Dialog umso wichtiger wird.

Deshalb wird auf städtischer Ebene die Durchführung des 2. US-German-Mayor's Roundtable in Bremen im Oktober 2025 auf Einladung von Bürgermeister Bovenschulte forciert.

Aktuell wird zudem die Möglichkeit einer Städte- bzw. Regionalpartnerschaft mit einer US-amerikanischen Stadt bzw. Region intensiv geprüft. Konkret soll nach derzeitigem Stand der Dinge eine vorliegende Interessensbekundung im Rahmen eines Delegationsbesuchs im Umfeld des Mayor's Roundtable intensiviert und zu einer möglichen Partnerschaft ausgebaut werden.

Zu Frage 2:

Die Bewertung nicht näher spezifizierter Äußerungen zu „antiamerikanischer Rhetorik“ ist dem Senat nicht möglich.

Die in der Antwort auf die Frage 1 genannte Entwicklung der Handelszahlen, insbesondere die sich im zweiten Quartal 2025 abschwächenden Exporte sind nach Einschätzung des Senats ausschließlich Folge der Zollpolitik der USA.

Dem Senat sind aus den letzten Monaten keine Fälle bekannt, bei denen es von Seiten amerikanischer Unternehmen zu einer Problematisierung von Geschäftsbeziehungen mit bremischen Akteuren aufgrund von „antiamerikanischer Rhetorik“ gekommen ist.

Zu Frage 3:

Der Senat befürwortet grundsätzlich fairen, freien und regelbasierten internationalen Handel. Insofern betrachten der Senat und auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte persönlich die zwischen der EU und den USA erreichte Einigung zu Zollfragen mit großer Sorge – vor allem mit Blick auf die Arbeitsplätze im Land Bremen in der Automobilindustrie, in den Häfen und in der Stahlindustrie. Der Bürgermeister hat bereits eingeräumt, dass er seine auf X geäußerte Kritik an der Präsidentin der EU-Kommission hätte zurückhaltender formulieren sollen.

Anfrage 2: Die neue Steuer des Senats Bovenschulte: Wer muss konkret die Übergewinnsteuer bezahlen?

Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Für welche Unternehmen welcher Branchen soll nach Ansicht des Senats die sogenannte Übergewinnsteuer gelten, und wie viele Unternehmen im Land Bremen sind betroffen?
2. Inwiefern sollen auch solche Unternehmen die Steuer bezahlen, die ohne Zweifel durch das beschlossene „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität“ für die nächsten zwölf Jahre von einer höheren Gewinnerwartung ausgehen können?
3. Inwiefern trägt nach Ansicht des Senats eine Übergewinnsteuer dazu bei, dass die Infrastruktur des Bundes, der Länder und der Kommunen schneller modernisiert werden kann?

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Der Senat plant derzeit keine Gesetzesinitiative zur Einführung einer sogenannten Übergewinnsteuer. Vor diesem Hintergrund kann keine Beantwortung der aufgeworfenen Folgefragen hinsichtlich des Adressatenkreises und der Auswirkungen einer derartigen Steuer erfolgen. Der Senat wird die Situation aber weiter beobachten und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt erneut über eine Initiative entscheiden.

Anfrage 3: Andere Länder setzen auf KI in Asylverfahren – Wie lange will Bremen noch warten?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Initiativen verfolgt der Senat, um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Beschleunigung und Entlastung von Asylklageverfahren im Land Bremen zu ermöglichen oder zu unterstützen?
2. In welchen Arbeitsbereichen gibt es Bestrebungen seitens des Senats sich an bestehenden oder geplanten KI-Projekten anderer Bundesländer zu beteiligen oder vergleichbare Systeme eigenständig zu erproben?
3. Wie bewertet der Senat das Potenzial von KI-Anwendungen zur Entlastung der Verwaltungsgerichte, insbesondere mit Blick auf die Verkürzung der Bearbeitungsdauer von Asylverfahren?

Zu Frage 1:

Niedersachsen entwickelt derzeit das KI-Tool "EMIL" (Entwicklung eines Ermittlungsassistenten für Asylverfahren). Für das Projekt EMIL hatte der Deutsche Bundestag im Dezember 2024 Mittel aus der Digitalisierungsinitiative des Bundes für die Justiz bewilligt. Daraufhin fanden zeitnah Anbieterpräsentationen mit mehreren Dienstleistern statt. Ende Mai 2025 wurde eine Auswahlentscheidung getroffen. Seitdem wird das Projekt von den ausgewählten Unternehmen gemeinsam mit einer Projektgruppe aus der gesamten Justiz aktiv entwickelt. Ein Kollege des Verwaltungsgerichts Bremen ist Mitglied der erweiterten Projektgruppe, um hiesige Erfahrungen in das Projekt einzubringen. Eine bundesweite Testung der (Neu-) Entwicklung ist für Anfang 2026 vorge-

sehen. Ein Roll-Out für alle Anwender in Niedersachsen könnte nach dortiger Einschätzung nach umfangreicher Testung und weiteren Anpassungen voraussichtlich später im Jahr 2026 erfolgen. In diesem Zuge wird diesseits dann auch der Einsatz für die bremische Justiz geprüft werden.

Zu Frage 2:

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder haben in der 27. Sitzung des E-Justice-Rats vom 2. April 2025 eine gemeinsame Strategie für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Justiz beschlossen.

Ziel der Strategie ist es u.a. die Entwicklung, den Einkauf und den Einsatz von KI in der Justiz koordiniert zu gestalten, um Nach- und Mitnutzbarkeit zu fördern und hierdurch das EfA-Prinzip umzusetzen.

Eine zentrale Komponente für die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist die Etablierung eines einheitlichen KI-Ökosystems, in dessen Zentrum eine KI-Plattform steht. Diese soll es Bund und Ländern ermöglichen, die entwickelten KI-Systeme zur gegenseitigen Mit- und Nachnutzung anzubieten. Insgesamt soll die KI-Plattform die Basis dafür bilden, dass der Einsatz von vertrauenswürdiger KI in der Justiz mit nachhaltigem Ressourceneinsatz und innovationsfördernd erfolgt sowie einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Effizienz und Effektivität von Geschäftsprozessen leistet.

Zeitlich wird angestrebt, den Aufbau der KI-Plattform 2026 abzuschließen und sodann sukzessive einzelne Anwendungen Bund und Ländern zur Nachnutzung anzubieten.

KI-Anwendungen benötigen enorme Rechenleistungen für das Training komplexer Modelle mit großen Datenmengen. Daher erscheint es technisch und finanziell geboten sich an gemeinsamen Projekten mit anderen Ländern und dem Bund zu beteiligen, statt auf Eigenentwicklungen zu setzen. Sobald KI-Anwendungen über die KI-Plattform Justiz zur Verfügung stehen, wird deren (Nach-)Nutzungsmöglichkeit für die bremische Justiz geprüft.

Eigenständig erprobt die bremische Justiz in einem Pilotierungsprojekt derzeit das KI-Tool "dSprachKI" von Dataport. Hauptanwendungszweck des Tools ist die Transkription von Audiodateien. Der Fokus der Tests liegt auf der Nutzbarkeit zur Protokollierung von Vernehmungen und Verhandlungen.

Zu Frage 3:

Das Projekt EMIL soll die Bearbeitungsdauer von Asylverfahren im Einzelfall verkürzen können, indem aufwändige spezialisierte Recherchen vereinfacht werden. Zugleich soll EMIL den Zugang zu Herkunftslandinformationen vereinfachen. Es ist allerdings nicht in jedem Asylverfahren eine umfangreiche Recherche zu Herkunftslandinformationen notwendig, weshalb noch keine Aussage zu einer flächendeckenden Entlastung getroffen werden kann.

Anfrage 4: Ist ein Wechsel in ein „Budget für Arbeit“ ein Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern ist der Wechsel aus einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) in ein „Budget für Arbeit“ einem Wechsel in den allgemeinen ersten Arbeitsmarkt gleichzusetzen, wo sind die Unterschiede für Arbeitnehmer und Arbeitgeber?

2. Wie viele Wechsel in ein „Budget für Arbeit“ gab es in den Jahren 2020 bis 2025 aus den Werkstätten Bremens (bitte aufschlüsseln)?

3. Wie haben sich die im „Budget für Arbeit“ geschlossenen Arbeitsverhältnisse seit 2020 entwickelt: Wie viele wurden seit 2020 aus welchen Gründen wieder beendet, wie viele mündeten tatsächlich in eine selbstständige Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt?

Zu Frage 1:

Das Budget für Arbeit ermöglicht Menschen mit Behinderung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Sie haben dabei die gleichen Rechte wie andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gleichzeitig behalten sie den Status „voll erwerbsgemindert“. Aus diesem Grund entfällt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitszeiten im Budget für Arbeit werden auf die 20-Jahre-Wartezeit für die Rente angerechnet.

Außerdem gelten diese Arbeitsplätze als Pflicht-Arbeitsplätze nach dem Gesetz. Arbeitgeber können sie also auf ihre vorgeschriebene Quote anrechnen.

Das Budget für Arbeit umfasst zudem einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent des vom Arbeitgeber regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts und Leistungen für eine Begleitung am Arbeitsplatz. Die Bedarfsfeststellung und Bewilligung obliegt dem zuständigen Träger der Eingliederungshilfe.

Zu Frage 2:

Im Land Bremen gab es im Jahr 2020 vier, im Jahr 2021 fünf, im Jahr 2022 drei, im Jahr 2023 acht, im Jahr 2024 sieben und bis August 2025 fünf Übergänge aus dem Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für Behinderungen in ein Budget für Arbeit. In allen Fällen wird ein Lohnkostenzuschuss an die entsprechenden Arbeitgeber gezahlt.

Zu Frage 3:

In 2020 wurden drei Budgets für Arbeit beendet. In einem Budget hat der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens gekündigt. Bei den anderen beiden Budgets wurde der Arbeitsvertrag im beiderseitigen Einvernehmen nicht verlängert.

In 2021 wurden drei Budgets für Arbeit beendet. In einem Budget war die Inanspruchnahme der Elternzeit der Grund. Im zweiten Budget entschied sich die Budgetnehmende für eine freiberufliche Tätigkeit.

In 2022 nahm ein Budgetnehmender das Rückkehrrecht in die Werkstatt wahr. Die Beendigung des Budgets für Arbeit erfolgte auf eigenen Wunsch.

In 2023 wurden zwei Budgets für Arbeit beendet. Das eine Budget durch Aufhebung des Arbeitsvertrages seitens des Arbeitgebers und im anderen Budget im beiderseitigen Einvernehmen.

Im Jahr 2024 und bis August 2025 endete ein Budget für Arbeit aufgrund der Inanspruchnahme von Elternzeit.

Im gesamten Zeitraum konnte ein Budget für Arbeit in eine reguläre Beschäftigung umgewandelt werden.

**Anfrage 5: Wie viele ausreisepflichtige Straftäter sitzen in der JVA Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der
CDU
vom 14. August 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist der Ausländer-Anteil in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremen zum Stichtag 1. August 2025 in Prozent?
2. Wie viele der Nicht-Deutschen Gefangenen in der JVA Bremen sind zum Stichtag 1. August 2025 vollziehbar ausreisepflichtig?
3. Welche Hindernisse gibt es aus Sicht des Senats, die vollziehbar ausreisepflichtigen Personen in ihre Heimat zurückzuführen und wie viele Rückführungen gab es 2024 und 2025 jeweils?

Zu Frage 1:

Zum Stichtag 1. August 2025 betrug der Anteil der Insassen mit einer anderen als der deutschen Staatsbürgerschaft in der JVA Bremen 47 %.

Zu Frage 2:

Derzeit befinden sich 65 vollziehbar ausreisepflichtige Personen in der JVA Bremen.

Zu Frage 3:

Die Anwendung der Vorschrift des § 456a StPO, welche der jeweiligen Vollstreckungsbehörde ein Absehen von der weiteren Vollstreckung einer Freiheitsstrafe in Fällen der Auslieferung oder Abschiebung ausländischer Verurteilter ermöglicht, wird durch eine Allgemeine Verfügung des Senators für Justiz und Verfassung vom 25. September 1992 inhaltlich konkretisiert. Diese ermöglicht der Vollstreckungsbehörde auf Anregung der Ausländerbehörde in geeigneten Fällen in weitem Umfang und zum frühest vertretbaren Zeitpunkt von der Norm Gebrauch zu machen. Sollte die Zustimmung verweigert werden, liegt dies in der Regel daran, dass die Verurteilten nach bereits erfolgter Rückführung wieder eingereist sind, so dass zunächst die Reststrafe vollstreckt werden soll.

In sechs Fällen, in denen eine Zustimmung nach § 456a StPO erteilt wurde, liegen keine Rückführungsdokumente vor. In 15 Fällen bedarf es noch der Zustimmung auswärtiger Staatsanwaltschaften, da noch Ermittlungsverfahren offen sind, die zunächst abgewartet werden müssen.

In insgesamt 26 Fällen mangelt es an einer Identifizierung der Betroffenen bzw. an geeigneten Personaldokumenten, die für die Durchführung der Rückführung unerlässlich sind.

In sieben Fällen wird derzeit noch das behördliche Ausweisungs- bzw. Asylverfahren betrieben. In zwei Fällen bestehen Abschiebungsverbote bzw. Hinderungsgründe medizinischer Art.

Von 84 Personen, die 2024 insgesamt abgeschoben wurden, wurden 18 Personen aus der Haft zurückgeführt. Zum Stichtag 31. Juli 2025 wurden insgesamt 71 Personen aus Bremen abgeschoben; 24 hiervon aus der Haft.

Anfrage 6: Ausbreitung und Bekämpfung von Jakobs-Kreuzkraut auf öffentlichen Flächen

Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Hartmut Bodeit, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die Gefährdung und den konkreten Schaden durch das Jakobs-Kreuzkraut für Nutztiere, Landwirtschaft und Imkerei im Land Bremen?
2. Welche Strategie verfolgt der Senat in Abstimmung mit den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven gegen die Verbreitung von Jakobs-Kreuzkraut im Bereich von Straßenböschungen und im Straßenbegleitgrün?
3. Inwiefern plant der Senat, dem Aufwuchs und der Verbreitung von Jakobs-Kreuzkraut auf Flächen im Eigentum des Landes, durch eine intensivere Nutzung der Flächen zu begegnen?

Zu Frage 1:

Das Jakobs-Kreuzkraut ist aufgrund seiner Giftigkeit ein Problemunkraut im Grünland für landwirtschaftliche Nutztiere. Frische Pflanzen werden aufgrund des Geruchs von den Tieren in der Regel gemieden. Bei Heu und Silage geht der Geruch verloren, so dass die Giftstoffe von Rindern, Pferden und Schafen aufgenommen werden. Da die Auswirkungen der Vergiftung kumulativ sind, können dadurch chronischen Erkrankungen bis zu tödlichen Leberschäden auftreten. Damit sind wirtschaftliche Nachteile für die betroffenen Betriebe verbunden. Grünländereien mit Befall von Jakobskreuzkraut sind daher für die Gewinnung von Heu und Silage für landwirtschaftliche Nutztiere nicht geeignet. Laut Untersuchungen des Bieneninstituts Celle stellen die im Jakobs-Kreuzkraut enthaltenen Giftstoffe für die Gesundheit von Bienen kein Problem dar. Das Risiko eines Eintrages von Giftstoffen aus Jakobs-Kreuzkraut in Honig wird als gering eingeschätzt, da bisher nur selten in deutschen Honigen Mengen des Giftstoffs nachgewiesen wurden.

Zu Frage 2:

Eine Strategie zur Bekämpfung des Jakobs-Kreuzkrautes bei der Pflege von Straßenböschungen und des Straßenbegleitgrüns ist in den Städten Bremen und Bremerhaven nicht gesondert vorgesehen.

Zu Frage 3:

Auf Flächen im Eigentum der Städte Bremen und Bremerhaven mit Vorkommen des gebietseigenen Jakobs-Kreuzkrautes wird keine gezielt intensivere Nutzung des Grünlandes angestrebt. Wo verpachtet wird, obliegt die ordnungsgemäße Pflege des Grünlandes den Bewirtschaftenden. Das Jakobs-Kreuzkraut wird darüber hinaus auf Grünland in Schutzgebieten in Bremen und z.B. von bremenports auf der Luneplate in Bremerhaven gezielt entfernt, um eine Ausbreitung im extensiv zu nutzenden Grünland zu verhindern. Dies erfolgt allein zum Schutz der landwirtschaftlichen Nutzung. Aus Naturschutzsicht ist die heimische Art durchaus typisch für das mäßig gedüngte und eher trockene Grünland. Sie hat eine hohe Bedeutung für Insekten, unter anderem für die Falterart „Blutbär“, der gleichzeitig ihr einziger natürlicher Gegenspieler ist.

Anfrage 7: Antimuslimische Vorfälle im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Nurtekin Tepe, Sülmez Çolak, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat vor über die Entwicklung der Fallzahlen antimuslimischer Vorfälle im Land Bremen in den vergangenen drei Jahren – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen bundesweiten Berichterstattung über einen deutlichen Anstieg solcher Vorkommnisse?
2. Liegen dem Senat Erkenntnisse darüber vor, auf welche Lebensbereiche (zum Beispiel öffentlicher Raum, Schulen, Arbeitsbereich, religiöse Einrichtungen) sich dokumentierte antimuslimische Vorfälle verteilen und welche Formen antimuslimischer Diskriminierungen (zum Beispiel Übergriffe, Hassrede, Benachteiligung im Alltag) im Land Bremen besonders häufig gemeldet werden?
3. Was plant der Senat, um antimuslimischen Einstellungen, Rassismus und Diskriminierungen entgegenzuwirken und welche spezifischen Beratungsangebote für Betroffene gibt es im Land Bremen?

Zu Frage 1:

Im Projekt Kelam in Trägerschaft der Schura Bremen wird festgestellt, dass antimuslimischer Rassismus ein wachsendes Phänomen ist. Dort steigt die Nachfrage nach Beratung und Bildungsangeboten, sowohl von Betroffenen als auch von Fachkräften. Polizeilich erfasst werden in Bremen nur Straftatbestände. Antimuslimische Vorfälle ohne Straftatbestand werden nicht auswertbar registriert. Die Erfassung erfolgt im Kriminalpolizeilichen Meldedienst politisch motivierte Kriminalität. So wurden im Land Bremen in den Jahren 2022 bis 2024 insgesamt 73 antimuslimische Straftaten registriert. Davon entfielen 35 Fälle auf das Jahr 2023, in dem die Fallzahlen deutlich anstiegen. Dieser Anstieg stand auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Nahostkonflikts nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Im Jahr 2024 sind die Zahlen wieder leicht zurückgegangen.

Zu Frage 2:

Nach den Rückmeldungen aus dem Projekt Kelam treten antimuslimische Diskriminierungserfahrungen besonders häufig in Schule und Arbeitsleben auf, daneben auch im öffentlichen Raum und im Umfeld von Moscheen. Dort berichten Betroffene etwa von Benachteiligungen, abwertenden Kommentaren oder von Vandalismus an religiösen Einrichtungen.

Im Zeitraum 2022 bis 2024 wurden polizeilich insgesamt 73 islamfeindliche Straftaten registriert, davon 30 im digitalen Raum – vor allem in Form von Hasspostings. Im analogen Raum verteilen sich die Vorfälle auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche.

Bei den Tatbeständen stehen Volksverhetzung, Beleidigung und Bedrohung im Vordergrund, daneben treten unter anderem auch Sachbeschädigungen und vereinzelt Körperverletzungen auf.

Zu Frage 3:

Nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Landesantidiskriminierungsstelle setzt der Senat ihren Aufbau derzeit um. Damit wird eine direkte Anlaufstelle für Betroffene von Diskriminierung, darunter auch von antimuslimischem Rassismus geschaffen.

Im Rahmen der Erstellung des Landesaktionsplans gegen Rassismus, der verschiedene Formen von Rassismus abdeckt, explizit auch antimuslimischen Rassismus, werden bspw. verschiedene Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt, um auf antimuslimische Einstellungen aufmerksam zu machen.

An Beratungsangeboten bestehen insbesondere die Stelle Soliport, die Betroffene rechtsmotivierter Gewalt unterstützt, sowie das Projekt Kelam der Schura Bremen,

das muslimische Jugendliche, Fachkräfte und Moscheegemeinden berät und Bildungsangebote bereitstellt.

Die Polizei setzt auf Dialogformate mit den betroffenen Communities, thematisiert Diskriminierung in Aus- und Fortbildung und baut diversitätsorientierte Ansätze aus. Darüber hinaus werden zielgruppenspezifische Präventionsangebote entwickelt, etwa für muslimische Frauen. Insgesamt gibt es diverse Beratungsangebote im Land Bremen, die Betroffene über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren und auch psychologische und emotionale Unterstützung anbieten. Entsprechende Angebote von Nichtregierungsorganisationen sind gleichermaßen in Bremen und Bremerhaven tätig.

Anfrage 8: Impfen gegen Krebs: Wie kann das Land Bremen die Impfquote bei HPV-Impfungen verbessern?

Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Impfquote von unter neun bis 14-jährigen Mädchen und Jungen im Land Bremen gegen das Humane Papillomviren-Virus (HPV-Virus), welche langfristig vor Krebserkrankungen wie Gebärmutterhalskrebs schützen sollen?

2. Mit welchen Maßnahmen können Bremen und Bremerhaven ihre Impfquote steigern und welche Rolle spielen dabei die Schulimpfungen?

3. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit der Nachholimpfungen und die Informationen für Betroffene darüber, um die Impfquote zu erhöhen und mehr junge Menschen zu schützen?

Zu Frage 1:

Die HPV-Impfquoten liegen in Deutschland und im Bundesland Bremen auf niedrigem Niveau. 2023 waren bundesweit 54,6% der 15-jährigen Mädchen und 34,0% der 15-jährigen Jungen vollständig gegen HPV geimpft, für das Land Bremen betragen die entsprechenden Impfquoten 48,2% bei den Mädchen und 31,2% bei den Jungen. Aufgrund der relevanten HPV-bedingten Krankheitslast, der eindeutig nachgewiesenen Wirksamkeit der HPV-Impfung und gleichzeitig den auch nach mehr als 15 Jahren nach Aufnahme in den Impfkalender der STIKO weiterhin niedrigen Impfquoten besteht in Fachkreisen und unter den Gesundheitsministerien der Länder breiter Konsens, dass eine deutliche Steigerung der HPV-Impfquoten erreicht werden soll. Das Land Bremen hat nach der Corona-Pandemie eine Vielzahl an Maßnahmen angestoßen, um die Impfquoten zu erhöhen. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden in den nächsten Jahren sichtbar werden.

Zu Frage 2:

Im Land Bremen werden vielfältige Maßnahmen durchgeführt, um die HPV-Impfquoten zu steigern. Das Gesundheitsressort unterstützt das Robert-Koch-Institut bei der Durchführung einer Studie zur Schulung von ärztlichem Personal und medizinischen Fachangestellten in pädiatrisch tätigen Praxen zu innovativen Ansätzen der Gesprächsführung mit Blick auf die HPV-Impfentscheidung. Erste Ergebnisse der Studie sollen im Winter 2025 vom RKI präsentiert werden. Des Weiteren wurde durch das Gesundheitsressort im Juni 2025 die HPV-Schulungen von Gesundheitsfachkräften in den Quartieren und Mitarbeitenden des LIGA Gesundheitszentrums Gröpelingen durch die Ärztliche Gesellschaft zur Gesundheitsförderung initiiert.

Im März 2024 wurde durch das Gesundheitsressort ein Runder Tisch HPV mit Vertreter:innen der Gesundheitsämter Bremens, des RKI, des BIPS, des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzt:innen und der Gynäkolog:innen, der Kranken- und Ersatzkassen sowie der Landesvereinigung für Gesundheit durchgeführt.

Zudem arbeitet das Gesundheitsressort aktuell gemeinsam mit der Nationalen Lenkungsgruppe Impfen am nationalen HPV-Konzept. In dem Konzept wird u.a. das Bremer Schulimpfprogramm als Best-Practice-Modell bundesweit vorgestellt. Die Resonanz auf das Bremer Schulimpfprogramm ist groß.

Gemeinsam mit dem RKI arbeitet das Gesundheitsressort daran, durch eine verstärkte und optimierte Aufklärungsarbeit die Gesundheitskompetenz im Land Bremen in Bezug auf HPV und die HPV-Impfung zu erhöhen und die Bevölkerung für die HPV-Impfung zu sensibilisieren. Hierfür werden mehrsprachige Flyer mit Informationen über HPV und die HPV-Impfung speziell für Viertklässler entwickelt, die in den Schulen verteilt werden sollen.

Um Impflücken zu schließen und damit die HPV-Impfquote zu erhöhen, führt das Gesundheitsamt Bremen seit dem Schuljahr 2013/2014 in den Schulen der Stadt Bremen Impfungen gegen HPV durch. Das Programm richtet sich an Mädchen und Jungen der 8. Klassen sowie an die Vor- bzw. Sprachklassen in der Sekundarstufe I. Die Evaluation durch das RKI in 2024 ergab, dass sich von den bis dato nicht geimpften Jugendlichen jede:r Dritte gegen HPV impfen ließ. Deutlich wurde die sozialkompensatorische Wirkung des Schulimpfprogramms. Des Weiteren zeigte sich, dass das HPV-Schulimpfprogramm die HPV-Impfquote bei 15-jährigen Mädchen erheblich steigert; für das Land Bremen ergab sich ein jährlicher Zuwachs von bis zu 12 Prozentpunkten, für die Stadt Bremen sogar ein jährlicher Zuwachs von bis zu 15 Prozentpunkten. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen wird das Gesundheitsamt Bremerhaven ab dem Schuljahr 2025/2026 analog zu Bremen ebenfalls ein entsprechendes Angebot für die HPV-Impfung in den 8. Klassen anbieten.

Zu Frage 3:

Auch, wenn der Schutz der HPV-Impfung bei älteren Jugendlichen, die bereits sexuell aktiv sind, geringer ausfallen kann als bei frühzeitiger Impfung, sollten ungeimpfte Jugendliche die Impfung bis zu ihrem 18. Geburtstag zeitnah nachholen. Darüber informieren u.a. die Kranken- und Ersatzkassen sowie gynäkologische Praxen. Zudem ist in Bremen ein Projekt geplant, in dem ungeimpfte Jugendliche, die älter als 14 Jahre sind, von der Krankenkasse angeschrieben und an die HPV-Impfung erinnert werden.

Insgesamt sind Nachholimpfungen gut geeignet die Impfquoten weiter zu erhöhen und junge Menschen besser vor HPV-Infektionen zu schützen. Der Senat bewertet diese Möglichkeit insgesamt positiv.

Anfrage 9: Internationale Fachkräfte in der Pflege

Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Janina Strelow, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kooperationen existieren im Land Bremen zwischen Hochschulen und/oder Pflegeschulen im Bereich der Ausbildung von Gesundheitsfachkräften oder Pflegefachkräften beziehungsweise in den Pflegewissenschaften mit Hochschulen und/oder Pflegeschulen in Nicht-EU-Ländern?

2. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit von Kooperationen bremischer Hochschulen oder Pflegeschulen mit Hochschulen beziehungsweise Pflegeschulen in Nicht-EU-Ländern, um die Abschlüsse im Bereich Pflege zu harmonisieren und den Fachkräften verlässliche Berufsperspektiven in Deutschland zu geben?

3. Werden nach Kenntnis des Senats Vermittlungsagenturen, mit denen die Gesundheit Nord (GeNo) und/oder das Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide arbeiten, auch dafür genutzt, Auszubildende zu vermitteln oder bezieht sich die Vermittlung ausschließlich auf bereits ausgebildete Fachkräfte, deren Abschluss dann in Deutschland anerkannt werden muss?

Zu Frage 1:

Zur Beantwortung dieser Frage wurden die Hoch- und Pflegeschulen des Landes Bremen angefragt. Aufgrund der kurzen Frist stehen die Ergebnisse nicht vollumfänglich zur Verfügung. Die ibr Pflegeschule hat zurückgemeldet, dass sie eine Kooperation mit einer Sprachschule auf den Philippinen habe, über die Auszubildende vermittelt werden. Die Bildungsakademie der GeNo bildet indische Pflegefachkräfte aus, die über bestehende Kontakte vermittelt werden. Das Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide bemüht sich gemeinsam mit einer Agentur um die Aufnahme mehrerer internationaler Auszubildender. Die Pflegeschule der Bremer Heimstiftung kooperiert zum Gewinn neuer Auszubildenden mit einer deutschen Schule in Namibia.

Die Hochschule Bremen kooperiert in den internationalen Studiengängen „Pflege“ und „Hebammen“ mit diversen Hochschulen aus Nicht-EU-Ländern und bietet Einsatzmöglichkeiten für Auslandssemester eigener Studierender und „Incomings“ aus anderen Ländern.

Zu Frage 2:

Grundsätzlich begrüßt der Senat Kooperationen der Hochschulen bzw. Pflegeschulen mit Hochschulen bzw. Pflegeschulen in Nicht-EU-Ländern sowie eine Harmonisierung der jeweiligen Curricula. Dies würde zu verkürzten Anerkennungsverfahren und einer schnelleren Verfügbarkeit ausländischer Fachkräfte in Deutschland führen. Ob dies jedoch eine verlässliche Berufsperspektive nach sich ziehen würde, vermag der Senat nicht zu beurteilen.

Kooperationen mit ausländischen Partnerhochschulen, die dazu dienen, Studierenden ein Praktikum oder Semester im Ausland zu ermöglichen, sind aus Sicht des Senats zu begrüßen. Auslandserfahrungen helfen dabei, interkulturelle Kompetenzen zu stärken und eröffnen den Studierenden Einblicke in andere Gesundheitssysteme, die wertvolle Impulse für das weitere Studium und die anschließende Karriere geben können.

Zu Frage 3:

Die Gesundheit Nord nutzt keine Agentur für die Vermittlung von Auszubildenden. Durch direkte Kontakte nach Indien gab es vermehrt indische Bewerber:innen, so dass seit 2022 jährlich 30 Auszubildende aus Indien in der Bildungsakademie aufgenommen werden. Zu den drei jährlichen Ausbildungsstarts im April, August und Oktober beginnen jeweils 10 indische Auszubildende aufgeteilt auf zwei Klassen.

Der erste Ausbildungsdurchgang ist in diesem Jahr abgeschlossen.

Auch im Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide wird keine Agentur für die Vermittlung von Auszubildenden aus dem Ausland genutzt. Hier gibt es zwar Eigenbewerbungen, aber bisher wenige Auszubildende, die direkt aus dem Ausland für die Ausbildung herkommen. Seit längerem ist in Planung, auch eine größere Gruppe aufzunehmen. Dafür müssen allerdings zunächst die Strukturen in der Schule ausgebaut, sowie entsprechendes Personal eingestellt werden.

Agenturen werden in beiden Fällen für die Vermittlung von Fachkräften mit ausländischem Berufsabschluss genutzt, welche dann in Deutschland anerkannt werden.

Anfrage 10: Wie passt der Abbau von Blitzern zur Intensivierung der Verkehrsüberwachung?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Michael Labetzke, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Warum wurden die an B75, Kurfürsten- und Richard-Boljahn-Allee abgebauten Radarfallen nach Ablauf ihrer technischen Zulassung nicht unmittelbar durch neue Anlagen ersetzt und mit welchen Einnahmeverlusten rechnet der Senat aufgrund der entstandenen Unterbrechung?

2. Wie fügt sich dies in die vom Senat beschlossene Intensivierung der Verkehrsüberwachung ein und durch welche konkreten Maßnahmen zu welchen Zeitpunkten will der Senat die hierbei geplante Einnahmenerhöhung von drei Millionen Euro jährlich erreichen?

3. Wie stellt sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis von teilstationären Blitzer-Anhängern im Vergleich zu den vorhandenen stationären und mobilen Überwachungssystemen dar und inwieweit plant der Senat die Anschaffung weiterer Anhänger?

Zu Frage 1:

Die Kurfürstenallee und Richard-Boljahn-Allee sind keine Unfallbrennpunkte mehr. Deshalb ist hier kein Ersatz vorgesehen. Die Anlage auf der B 75 wird im kommenden Jahr ersetzt. Einnahmeverluste sind nicht zu erwarten, da zwischenzeitlich ein zweiter Geschwindigkeitsmessanhänger im Einsatz ist. Dadurch werden bereits jetzt Mehreinnahmen erzielt.

Zu Frage 2:

Die Überwachung des fließenden Verkehrs dient zuallererst der Verkehrssicherheit. Dafür wird in 2026 die Einrichtung einer stationären Anlage auf der B 75 und die Einrichtung einer weiteren stationären Anlage, ein Kombigerät aus Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung in Kreuzungsbereichen, beauftragt. Der Standort für das Kombigerät wird noch ausgewählt. Die Einnahmeerwartungen werden dadurch erfüllt. Die Details werden in der Gremienbefassung zu den Haushaltsvorentwürfen 2026 und 2027 dargestellt.

Zu Frage 3:

Ein pauschaler Kosten-Nutzen-Vergleich ist nicht möglich. Die stationären Anlagen im Bestand sind im Eigentum der Polizei Bremen. Die zukünftigen Anlagen, ob stationär oder teilstationär, werden geleast oder gemietet. Lediglich Anschlusskosten, wie etwa Strom, entstehen bei stationären Geräten zusätzlich. Ein weiterer dritter Geschwindigkeitsmessanhänger ist in der Beauftragung. Insgesamt wird jedoch ein Mix aus verschiedenen Messgeräten eingesetzt, da die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass der Einsatz von zu vielen gleichen Messsystemen nicht zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und auch nicht zur Stabilisierung von Einnahmen beiträgt. Die Anschaffung eines weiteren vierten Geschwindigkeitsmessanhängers wird noch geprüft.

**Anfrage 11: Gescheiterte Offshore-Auktionen: Was unternimmt der Senat?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Emanuel Herold, Dr. Henrike Müller und Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 14. August 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Was sind aus Sicht des Senats die Gründe für das Scheitern der jüngsten Ausschreibungsrunde für Offshore-Flächen in der Nordsee?
2. Was sind die entscheidenden Maßnahmen, um künftige Ausschreibungen wirtschaftlich attraktiver zu machen, Wertschöpfung in Deutschland zu sichern und den Offshore-Wind-Ausbau weiter voranzubringen?
3. Wie setzt sich der Senat konkret dafür ein?

Zu Frage 1:

Das Scheitern der jüngsten Ausschreibungsrunde für Offshore-Flächen in der Nordsee wird auf ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren zurückgeführt. Ausschlaggebend sind vor allem die stark schwankenden und tendenziell sinkenden Stromvergütungspreise für Offshore-Windparks gepaart mit gestiegenen Finanzierungskosten, die eine verlässliche Kalkulation erschweren und die Wirtschaftlichkeit der Projekte negativ beeinträchtigen. Hinzu kommen deutlich steigende Bau- und Betriebskosten, die insbesondere auf die zeitgleiche Realisierung zahlreicher Windparks rund um das Jahr 2030 zurückzuführen sind, was zu kumulierten Preissteigerungen entlang der Lieferkette führt. Dies gilt insbesondere für bestimmte operationelle Bottle Necks sowie für die Errichterschiffe. Zusätzlich sorgen regulatorische Unsicherheiten – etwa bei Genehmigungsverfahren und der Netzanbindung – für eine insgesamt kritische Investitionslage. Im Zusammenspiel mit den zu erwartenden Windverhältnissen der auktionierten Flächen, die potentiell von Verschattungseffekten betroffen sind, hat dies insgesamt zu dem negativen Auktionsergebnis geführt.

Zu Frage 2:

Nach Einschätzung des Senats sind folgende Maßnahmen zielführend, um die wirtschaftliche Attraktivität zu steigern.

Zum einen die Einführung von zweiseitigen Differenzverträgen (CfDs), welche die Investoren gegen volatile Strompreise absichern und langfristige Planungssicherheit schaffen. Die Einführung zweiseitiger Differenzverträge (CfDs), wie von der EU geplant, würde den Betreibern einen garantierten Mindestpreis für Strom sichern. Liegt der Marktpreis darunter, kompensiert der Staat die Differenz; bei höheren Preisen werden Überschüsse abgeführt. Dänemark hat dieses Modell nach dem Scheitern einer Auktion im Vorjahr bereits erfolgreich umgesetzt.

Als weitere Maßnahme wird über die Reduzierung der finanziellen Vorleistungen diskutiert. Die hohen Vorleistungen für Voruntersuchungen der Flächen gelten als Investitionshemmnis.

Darüber hinaus plädieren Branchenverbände für die Berücksichtigung von neuen Erkenntnissen bzgl. der Wind-Verschattungseffekten durch die Bundesnetzagentur bei der Standortwahl und Netzanbindung. Einige Flächen bieten unterdurchschnittliche zu erwartende Volllaststunden, was die Wirtschaftlichkeit negativ beeinträchtigt. Daher sollte die Flächennutzung flexibler gestaltet werden, damit technische Optimierungen möglich sind und Verschattungseffekte besser berücksichtigt werden können.

Zu Frage 3:

Die Förderung für Windenergie auf See wird seit Inkrafttreten des WindSeeG wettbewerblich ermittelt. Das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) trat am 1. Januar 2017 in Kraft und wurde am 10. Dezember 2020 novelliert. Für alle Windenergieanlagen auf See, die ab 2021 in Betrieb genommen werden, wurden Ausschreibungen eingeführt. Die Ausschreibungen führt die Beschlusskammer 6 bei der Bundesnetzagentur durch. Insofern liegt keine Zuständigkeit für die Auktionsverfahren beim Senat.

Dennoch setzt sich der Senat im Rahmen von Gremien wie der Wirtschaftsministerkonferenz, Bund-Länder-Arbeitskreisen usw. für möglichst optimale Rahmenbedingungen zum Ausbau der Offshore Windenergie insgesamt ein.

Anfrage 12: Erreichen Sprachförderung und Übergangsangebote im Kitabrückenjahr 2025/2026 alle Nicht-Kita-Kinder?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der im Dezember 2024 getesteten Nicht-Kita-Kinder mit Sprachförderbedarf konnten zum Start des Kitajahres 2025/2026 in Bremen und Bremerhaven in eine Kita aufgenommen werden, wie viele verblieben ohne Platz und welche konkreten Sprachförderangebote im Sozialraum stehen diesen Kindern zur Verfügung?
2. Wie wird im Kitabrückenjahr 2025/2026 die Wirksamkeit der sozialraumorientierten Kooperationsstrukturen (zum Beispiel Kooperationskalender, Verbundarbeit, Elternberatung) zur Übergangsgestaltung gemessen und wie fließen Ergebnisse aus PRIMO und der Vorjahresauswertung in die Weiterentwicklung ein?
3. Welche Verfahren zur regelmäßigen Erhebung, Steuerung und Qualitätssicherung der Sprachfördermaßnahmen für Nicht-Kita-Kinder kommen im Kitabrückenjahr 2025/2026 zur Anwendung und wie werden dabei soziale oder sprachliche Ungleichheiten im Zugang berücksichtigt?

Zu Frage 1:

Für die Stadtgemeinde Bremen gilt folgendes:

Im Januar 2025 wurden der fachlichen Leitstelle durch das IQHB (Institut zur Qualitätsentwicklung im Elementar- und Primarbereich) insgesamt 238 Kinder gemeldet, die einen Sprachförderbedarf attestiert erhielten und zu diesem Zeitpunkt keinen Kita-Platz hatten. Diese sind von der Senatorin für Kinder und Bildung für einen Kita-Platz angemeldet worden. Von den Kindern, die nicht weggezogen oder nicht mehr erreichbar waren, sind acht Kinder von ihren Eltern abgemeldet worden. Dem geht die Behörde nach. Im Rahmen der Haupttestung, deren Ergebnis im Juli 2025 an die fachliche Leitstelle übermittelt wurde, sind weitere 112 Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf und 194 Kinder, die an keinem Testtermin teilgenommen haben, von der Senatorin für Kinder und Bildung für einen Kitaplatz angemeldet worden. Die Vermittlungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus werden in einzelnen Stadtteilen niedrigschwellige Sprachfördermaßnahmen vorgehalten. In Gröpelingen gibt es im Kita-Einstiegshaus Vorschulgruppen, in denen die Kinder spielerisch auf den Schulstart vorbereitet werden. An drei Grundschulen (in den Stadtteilen Huchting, Neustadt und Blumenthal) wird aktuell die Fortsetzung von etablierten sprachfördernden und schulvorbereitenden Maßnahmen für die sogenannten Nicht-Kita-Kinder geprüft und vorbereitet. Das dortige Personal ist in einer Fortbildungsreihe qualifiziert und mit Materialien ausgestattet worden. Netzwerktreffen dienen dem Austausch und tragen zur Qualitätssicherung bei. Mit der zunehmend verbesserten Kita-Versorgungslage ist davon auszugehen, dass Kinder, die unterjährig zuziehen, und auch Kinder mit Sprachförderbedarf künftig auch regelmäßig unterjährig in Kitas aufgenommen werden können.

Für Bremerhaven gilt folgendes:

Im Schuljahr 2024/2025 hatten 235 Kinder einen Sprachförderbedarf. Davon sind 107 Kinder in eine Kita gewechselt, 82 waren ohne Betreuungsplatz, 24 wurden zum Schuljahr 2025/26 eingeschult, 20 sind verzogen und zwei besuchen eine Kita außerhalb von Bremerhaven.

Den Kindern ohne Kita-Betreuungsvertrag stehen neun Sprachförderkurse der AWO zur Verfügung, in denen Sprachförderkräfte mit den Kindern arbeiten. Die Kurse sind

derzeit voll ausgelastet. Bei der Zuweisung wird die Wohnortnähe beachtet. Kinder, die regulär zum nächsten Schuljahr schulpflichtig werden, haben bei der Zuweisung Vorrang vor sog. Kann-Kindern.

Zu Frage 2:

Die Evaluation findet in der Stadtgemeinde Bremen im Austausch mit den Kolleg:innen der Verbundbegleitung des Bildungsplans 0-10 durch das LIS statt. Im Rahmen der Verbundsitzen entwickeln Kitas und Grundschulen gemeinsam Standards für den Übergang sowie standardisierte Vorlagen für Übergangsgespräche. Dazu werden die bestehenden Kooperationsstrukturen in den Blick genommen. Zu diesen gehören, z.B. dass in den bestehenden Verbänden zum Bildungsplan 0-10 Jahre die Angebote für Kita-Kinder im Kitabrückenjahr regelmäßig dokumentiert werden oder dass die beteiligten Kitas und Grundschulen eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung unterzeichnen und eine Jahresplanung für gemeinsame Bildungsangebote auf Kindebene erstellen.

Die Ergebnisse aus allen Primo-Testungen werden den jeweiligen Einrichtungen zur Verfügung gestellt und dienen als eine Grundlage für die Gestaltung der konkreten Sprachförderangebote in der Kita. Im Rahmen der oben genannten Dokumentation werden sie in die Weiterentwicklung einbezogen.

In Bremerhaven erfolgt keine Messung der Wirksamkeit der Kooperationsstrukturen nach wissenschaftlichen Kriterien. Allerdings tragen die eingespielten Kooperationsstrukturen dazu bei, die bei Eltern zum Teil bestehenden Hemmschwellen beim Übergang von Kita in Schule zu verringern bzw. Ängste bei Familien abzubauen und Transparenz herzustellen, wie die individuellen Rückmeldungen zeigen. Die Kooperationsstrukturen sorgen für einen niedrigschwelligen Übergang in Schule. Durch den Kooperationskalender und die eingespielte Arbeit im Verbund werden Familien über Aktivitäten informiert. So nehmen Kita-Kinder gemeinsam mit Eltern an schulischen Terminen wie Schulfesten und Projekten teil. In diesem Rahmen werden Schulprofile neben den üblichen Informationsveranstaltungen sichtbar gemacht. Auch bieten Grundschulen Kindern ohne Kita-Platz nach der Schulzuweisung Übergangsjahre an.

Die PRIMO-Ergebnisse werden genutzt, um die Verbundarbeit und die Schuleingangsphase weiterzuentwickeln und um im Deutschunterricht zielgerichtet zu fördern. Hinsichtlich der Kooperationen erfolgt regelmäßig eine Bestandsaufnahme und ggf. werden Anpassungen vorgenommen bzw. Schwerpunkte verlagert.

Bei der aufsuchenden Beratung durch das Schulamt im Zuge der PRIMO-Testung wird der Übergang in Schule zunächst nicht thematisiert, allerdings wird zum Übergang in die Kita bzw. hinsichtlich der Anmeldung zur Kita beraten. Ergänzend erfolgt insbesondere auch bei der Testveranstaltung der Nicht-Kita-Kinder im November Beratung durch die dort vorhandenen Sprachförderexpertinnen des Amts für Jugend, Familie und Frauen. Dort ist auch eine direkte Kita-Anmeldung möglich. Außerdem werden im Anschluss an die Testveranstaltung alle Sprachförderbescheinigungen nicht nur an die Familien versandt, sondern auch direkt an die Kitas wo eine Anmeldung durchgeführt worden ist. Die Anmeldungen werden anschließend ans Schulamt zurückgekoppelt.

Zu Frage 3

Im Rahmen des Kita-Brückenjahres ist in der Stadtgemeinde Bremen ein zusätzlicher regelmäßiger Testzeitpunkt für die Sprachstandsfeststellung (PRIMO-Test) etabliert worden. Dieser Termin liegt so, dass es möglich ist, dass die Sprachstandsfeststellung bei dem Verfahren zur Vergabe der Kita-Plätze berücksichtigt werden kann. In diesem vorgezogenen PRIMO-Test werden die Nicht-Kita-Kinder (nach Datenlage) an zentrale Standorte eingeladen, wo mit ihnen der PRIMO-Test durchgeführt wird. Einrichtungen mit hohen Sprachförderquoten sind seit August dieses Jahres Teil des Programms Sprach-Kita 2.0. Sie erhalten zusätzliche Personalressourcen und eine gezielte Begleitung durch eine Sprach-Kita-Fachberatung.

Die Qualitätssicherung der Angebote zur sprachlichen Bildung und Sprachförderung erfolgt durch die Begleitung der Einrichtungen durch die Sprach-Kita-Fachberatung in den Verbänden für die Sprach-Kitas 2.0.

In Bremerhaven richtet sich die Ausgestaltung der Sprachfördermaßnahmen der AWO an den Testergebnissen aus. Qualität und Quantität der Sprachfördermaßnahmen sind grundlegend in einem Kooperationsvertrag mit der AWO festgelegt. Zudem sind regelmäßige Netzwerktreffen sowie didaktische und methodische Beratung vorgesehen. Darüber hinaus wird mit der erneuten Testung in Grundschule die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft.

Anfrage 13: Sachstand zur Förderung von Mehrsprachigkeit und herkunftssprachlichem Unterricht im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 14. August 2025

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Anfrage 14: Spinnenfund im Hafen: Wer ist zuständig?
Anfrage der Abgeordneten Gökhan Brandt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Behörden beziehungsweise Stellen wurden über den Spinnenfund auf dem Autoterminal in Bremerhaven Anfang Juli in welcher Reihenfolge informiert?
2. Welche Behörde hatte im konkreten Fall die Federführung und wie wird diese bestimmt?
3. Wie ist die Zuständigkeit bei solchen Funden allgemein geregelt und wie bewertet der Senat den Ablauf der behördlichen Kommunikation und die Zuständigkeitenklärung im konkreten Fall?

Zu Frage 1:

Der Vorfall im Juli 2025 ereignete sich auf dem Terminalbetriebsgelände der BLG LOGISTICS GROUP AG & Co. KG (BLG) im stadtbremischen Überseehafen in Bremerhaven. Mitarbeitende der BLG informierten zunächst die Port Authority Bremen – Hansestadt Bremisches Hafenamts –Hafenkapitän- (PAB), als zuständige Ortpolizeibehörde im Hafengebiet. Die PAB informierte außerdem vorsorglich die Feuerwehr Bremerhaven als zuständige Katastrophenschutzbehörde, um auf mögliche Spinnenbisse bei Mitarbeitenden der BLG hinzuweisen und den Rettungsdienst vorzuwarnen. Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation wurde, als Rechts- und Fachaufsichtsbehörde der PAB, ferner unverzüglich von dieser über das Geschehen unterrichtet.

Zu Frage 2:

Die PAB hat im konkreten Fall die Federführung übernommen. Diese bestimmt sich für die PAB anhand des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes in Verbindung mit dem Bremischen Polizeigesetz. Gemäß § 5 Absätze 1 bis 4 Bremisches Hafenbetriebsgesetz in Verbindung mit § 128 Absatz 2 Bremisches Polizeigesetz ist der Hafenkapitän als Hafenbehörde und damit die PAB für die Durchführung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen zuständig und zugleich Ortpolizeibehörde im Bremischen Hafengebiet. Die PAB ist gemäß § 6 Absatz 1 Bremisches Hafenbetriebsgesetz dazu befugt, dort alle Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu ergreifen, insbesondere solche, die zur Abwehr einer Gefahr für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs oder des sonstigen Hafenbetriebes erforderlich sind und diese durchzusetzen. Sie ist gemäß § 6 Absatz 2 Bremisches Hafenbetriebsgesetz darüber hinaus befugt, auf Fahrzeugen und Anlagen im Hafengebiet und in Betrieben im Hafennutzungsgebiet zur Abwendung von Gefahren

für Leben und Gesundheit der Beschäftigten die erforderlichen Anordnungen zu treffen und Arbeiten bis zur Befolgung der Anordnungen zu untersagen.

Zu Frage 3:

Im Falle des Auffindens gefährlicher Tiere bzw. invasiver Arten im Hafengebiet ist eine Mehrfachzuständigkeit gegeben. Aufgrund ihrer Zuständigkeit für die Gefahrenabwehr im Bremischen Hafengebiet ist stets die PAB betroffen. Weiterhin können je nach Art und Ausmaß der vorliegenden Gefahr auch die Zuständigkeit der Feuerwehr als Katastrophenschutzbehörde und der Grenzkontrollstelle des Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz und Veterinärdienstes des Landes Bremen (LMTVET), die für die Kontrolle von Lebensmitteln und Schüttgut vor Kontamination mit invasiven Arten zuständig ist, berührt sein. In Bezug auf Gesundheitsgefahren von Seeleuten und Hafenpersonal ist auch eine Zuständigkeit des Hafenärztlichen Dienstes des LMTVET gegeben. Befinden sich die Tiere oder Arten im Wasserkörper ist die Zuständigkeit der Wasserbehörde berührt. Allgemein sind die Polizei Bremen sowie das Ordnungsamt zur Abwehr von Gefahren berufen. Ferner haben diese Ordnungs- und Sonderordnungsbehörden, sofern erforderlich, ihre jeweilige Fach- und Rechtsaufsicht, also die jeweiligen obersten Landesbehörden: das Häfen-, das Gesundheits-, das Umwelt- und das Innenressort miteinzubeziehen. Welche Zuständigkeiten berührt sind, gilt es im jeweiligen Einzelfall, anhand der konkreten Gegebenheiten, zu ermitteln. Die betroffenen Behörden werden dann auf Grundlage der jeweiligen, einschlägigen, gefahrenabwehrrechtlichen Vorschriften tätig und operieren in eigener Zuständigkeit. Bei Auffinden der Tiere an Bord eines Schiffes ist ferner nach dem allgemeinen Polizeirecht die Zuständigkeit der jeweiligen Schiffsreederei als Eigentümerin des Schiffes und sogenannte „Störerin“ gegeben. Ihre Aufgabe ist es dann, die Gefahr zu beseitigen und für die erforderlichen Maßnahmen finanziell aufzukommen. Bei Auffinden der Tiere an Land, wie beispielsweise auf dem Betriebsgelände der Terminalbetreiberin BLG im Juli 2025, gilt diese Verantwortlichkeit entsprechend für die Betreibergesellschaft. Als im Sommer 2024 der Fall eintrat, dass gefährliche Spinnen (sog. Schwarze Witwe) auf einem Schiff gefunden wurden, das in die Bremischen Häfen eingelaufen war, hatte die PAB in Abstimmung mit der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation die Koordination übernommen und in sehr enger und effizienter Zusammenarbeit mit dieser und weiteren Stellen, wie der BLG, dem Schiffsagenten und der US-Army, als Schiffseigentümerin, erfolgreich dafür gesorgt, dass jegliche von den Spinnen ausgehende Gefahren beseitigt und alle Kosten von der verantwortlichen Schiffseigentümerin getragen wurden. Als im Juli dieses Jahres erneut gefährliche Spinnen im Hafengebiet, diesmal an Land auf dem Terminalgelände der BLG, entdeckt wurden, konnte die PAB aus dieser Erfahrung im Umgang mit solchen Fällen schöpfen. Es wurde in sehr enger und guter Zusammenarbeit mit der Terminalbetreiberin BLG umgehend dafür gesorgt, dass die Arbeiten eingestellt wurden und der betroffene Bereich großflächig abgesperrt wurde. Der Katastrophenschutz wurde rein vorsorglich informiert. Eine Begasung des mit gefährlichen Spinnen kontaminierten Laschmaterials wurde durch die BLG durchgeführt und alle Gefahren zügig und erfolgreich beseitigt. Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation wurde unverzüglich über das Geschehen unterrichtet.

Aufgrund ihrer 24/7-Bereitschaft im Hafengebiet, insbesondere als Ortpolizeibehörde im Hafengebiet ist die PAB naturgemäß vielfach erste Meldebehörde bei Gefahrenlagen im Hafengebiet. Sie koordinierte in beiden Fällen die Lage übergreifend. Die Zuständigkeitermittlung durch die PAB und ggf. die Hinzuziehung sowie die Zusammenarbeit mit den weiteren zuständigen Behörden sowie den Verantwortlichen, sog. „Störern“, wird ferner als effektiv, lebensnah und zielführend im Sinne der zu gewährleistenden Gefahrenabwehr im Bremischen Hafengebiet bewertet. Diese Vorgehensweise hat sich bewährt und sollte zukünftig beibehalten werden.

**Anfrage 15: Wie geht es mit dem Beratungsangebot für Betroffene von Partnerschaftsgewalt und dem Angebot von Täterarbeit weiter?
Anfrage der Abgeordneten Gökhan Brandt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 14. August 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der Sachstand bei der Übertragung des Beratungsangebotes für Betroffene von Partnerschaftsgewalt auf einen neuen Träger?
2. Wie wird sichergestellt, dass der neue Träger für die Betroffenenberatung zum 1. Januar 2026 arbeitsfähig ist, und wie gestalten sich die fachliche Vorbereitung sowie die Abwicklung der bisherigen Beratungsstelle?
3. Wie gestaltet sich die Suche nach geeigneten Trägern für das Angebot der Täterarbeit nach den Bundesstandards?

Zu Frage 1:

Das Ausschreibungsverfahren für die künftigen Angebote zur Partnerschaftsgewalt – Betroffenenberatung und Täterarbeit nach jeweils bundesweit anerkannten Standards – wurde im ersten Halbjahr durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am 4. September 2025 im Ausschuss für die Gleichstellung der Frau vorgestellt und beschlossen. Nach der Ausschreibung wurden zwei Angebote eingereicht. Diese wurden von einem Fachgremium unter Federführung der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz bewertet. Das Fachgremium bestand aus Vertreter:innen der Senatorin für Justiz und Verfassung, der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, des Senators für Inneres und Sport sowie der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Das Fachgremium sah beim Ranking das Angebot der Inneren Mission für Betroffene von Partnerschaftsgewalt an erster Stelle.

Zu Frage 2:

Nach Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau erfolgt ein Auftakttreffen, auf dem die künftigen Prozesse in Zusammenarbeit mit der Polizei sowie die Übergabe vom bisherigen Träger zu den neuen Trägern besprochen und konkretisiert wird. Alle beteiligten Akteur:innen werden dazu eingeladen. Der bisherige Träger wird noch bis März 2026 für eine Übergangsfrist gefördert, damit der Übergang möglichst reibungslos erfolgen kann.

Zu Frage 3:

Für die Täterarbeit lagen zunächst keine Angebote vor. Nach Verlängerung der Frist bis zum 15. August lagen drei Angebote vor, die dem Fachgremium am 18. August vorgestellt wurden. Das Fachgremium empfiehlt die Beauftragung von Hoppenbank e. V., da der Verein aus Sicht des Gremiums das beste Konzept vorlegte und durch den Bundesstandard orientiert ist.

Anfrage 16: Welchen Plan hat der Senat, um die militärische und technologische Souveränität zu steigern?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP

vom 14. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Was versteht der Senat genau unter dem kürzlich vom Bremer Bürgermeister Bovenschulte formulierten Anspruch, dass Europa militärisch und technologisch unabhängiger sein soll?
2. Welche konkreten Vorhaben sind aktuell in Bremen in Umsetzung, um diese technologische und militärische Souveränität zu fördern?
3. Welche Planungen gibt es in Bremen, militärisch-zivile Zusammenarbeit zu verbessern, Forschung für Militärische Zwecke auch an den Hochschulen zu ermöglichen oder die Ansiedlung von Rüstungsbetrieben in Bremen zu fördern und zu erleichtern?

Zu Frage 1:

Vor dem Hintergrund der veränderten Weltordnung und den Auswirkungen auf die bisherige Sicherheitsarchitektur Europas und damit auch Deutschlands unterstützt Bürgermeister Bovenschulte den in der deutschen Gesellschaft weithin getragenen Konsens, mehr in die Verteidigungsfähigkeit Europas zu investieren und damit militärisch und technologisch unabhängiger zu werden. Die von der Bundesregierung im Frühjahr 2025 initiierte Grundgesetzänderung, die hierfür neben erheblichen Infrastrukturinvestitionen Regelungen und Spielräume geschaffen hat, hat der Senat im Bundesrat mitgetragen.

Die Frage 2 und 3 werden zusammen beantwortet:

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wird im Land Bremen wie andere Branchen als Teil eines innovativen Wirtschaftsstandortes betrachtet und trägt erheblich zur Wertschöpfung und Beschäftigung bei. Förderinstrumente sind grundsätzlich technologieoffen und bewerten Vorhaben nach ihrem Beitrag zu Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Nutzen. Dabei stehen Schlüsseltechnologien wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Robotik, Leichtbau, additive Fertigung und autonome Systeme im Mittelpunkt, die sowohl in zivilen als auch nicht-zivilen Anwendungen genutzt werden können.

Wie auch zu allen anderen Branchen am Standort pflegt der Senat enge Kontakte zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und unterstützt die Unternehmen bei Erweiterung oder Ansiedlung, Innovationsprojekten, Kooperationen und weiteren Standortfragen.

Konkrete Vorhaben werden dabei nicht nach einer militärischen Zwecksetzung bewertet, sondern nach ihrem Beitrag zur technologischen Weiterentwicklung, zur Stärkung von Forschung und Innovation sowie zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Land Bremen.

Im Hochschulbereich respektiert der Senat die Wissenschaftsfreiheit der bremischen Hochschulen, die gemäß ihrer Aufgabenstellung ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen und sich entsprechende Zivilklauseln gegeben haben. Diese dem Friedensziel der Landesverfassung entsprechende Orientierung schließt nicht aus, dass Innovationen aus zivil orientierten Forschungsprojekten auch auf sicherheits- und verteidigungsrelevante Kontexte übertragen werden können und die Innovationskraft der Unternehmen am Standort insoweit gestärkt wird.

**Anfrage 17: Christopher Street Day (CSD) in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS
DEUTSCHLAND
vom 14. August 2025**

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Zuwendungsform und in welcher Höhe wurden die Christopher Street Days in Bremen und Bremerhaven für die Jahre 2023 bis 2025 bezuschusst oder vollfinanziert und aus welchem Haushalt (Kommunal oder Land) wurden diese Mittel gewährt? Bitte getrennt nach Jahren für die jeweiligen Events in Bremen und Bremerhaven beantworten.

2. Wer verantwortet die Entscheidung, dass eine politische Partei für den diesjährigen Bremer Christopher Street Day ausgeschlossen wurde, und wie vereinbart sich ein derartiger Ausschluss mit dem Grundsatz der „politischen Ausrichtung“ der Christopher Street Days und insbesondere mit dem diesjährigen Bremer Motto „Für Alle.“?

3. Durch wen wurde festgelegt, dass die Christopher Street Days politisch ausgerichtet sind, und wodurch soll dieses bei der primär in Szene gesetzten Partystimmung und kommerziell genutzter Partytrucks mit großen (unpolitischen) Werbebannern erkennbar sein?

Zu Frage 1:

Der Senat hat die Ausrichtung des „Christopher Street Day (CSD)“ in Bremen und Bremerhaven in den Jahren 2023 – 2025 bezuschusst. Die Finanzierung erfolgte aus den Landesmitteln für die Förderung überregional wirksamer Veranstaltungen in den Bereichen Kultur und Sport im Land Bremen. Die Abwicklung erfolgte über die beliebten Gesellschaften Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB) und Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS).

- Förderung 2023: CSD-Bremen in Höhe von 6.563€ und CSD-Bremerhaven in Höhe von 6.900,00 €
- Förderung 2024: CSD-Bremen in Höhe von 12.000 € und CSD-Bremerhaven in Höhe von 10.000 €
- Bewilligung 2025: CSD-Bremen in Höhe von 12.000 € und CSD-Bremerhaven in Höhe von 18.000 €

Die Schlussabrechnung für 2025 liegt noch nicht vor, daher sind hier noch Abweichungen zu den bewilligten Beträgen möglich.

Zu Frage 2:

Die Organisation und Ausrichtung des CSD in Bremen und Bremerhaven erfolgt durch den eingetragenen Verein „Christopher Street Day Bremen + Bremerhaven e.V.“. Der Senat war in die Entscheidungsprozesse des Vereins insoweit nicht eingebunden.

Zu Frage 3:

Bei dem CSD handelt es sich im Kern um eine Versammlung, die nach gefestigter Rechtsprechung dem Schutzbereich des Art. 8 GG unterfällt. Sowohl Verwaltungsgerichte als auch das Bundesverfassungsgericht haben in ihrer Rechtsprechung betont, dass der demonstrative Charakter des CSD überwiegt. Der CSD erinnert historisch an die Stonewall-Proteste von 1969 in New York. Zu dieser Zeit war Homosexualität in den USA (und auch in Deutschland) strafbar und queere Menschen waren regelmäßig willkürlicher Polizeigewalt ausgesetzt. Immer wieder führte die Polizei brutale Razzien in queeren Kneipen, Bars und Clubs durch, nahm queere Personen fest und misshandelte sie oft schwer. Bei einer Razzia im Juni 1969 in der New Yorker Bar „Stonewall Inn“ in der Christopher Street, wehrten sich queere Menschen und es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und Aufständen, die mehrere Tage andauerten und einen Wendepunkt im Kampf für die Rechte und die Gleichstellung queerer Menschen darstellen. Zum Gedenken des ersten Jahrestags der Stonewall-Aufstände wurde eine Demo in New York organisiert, die jährlich als Straßenparade stattfinden sollte und den Grundstein für die Veranstaltung von CSDs weltweit legte. CSDs wer-

den demnach von Beginn an als politische Demonstration gegen Diskriminierung sowie für Akzeptanz, Respekt und Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität verstanden. Dabei kann es ernst zugehen, es werden in der Regel politische Forderungen gestellt, und gleichzeitig geht es auch um das Feiern als Akt des Widerstands, der Sichtbarkeit und Raumnahme, um das Feiern des bisher Erreichten, um das Gedenken an die Zeit, in der queeren Menschen das Feiern verboten wurde und das Gedenken an die queeren Menschen, die sich dagegen wehrten, sowie darum, Solidarität mit queeren Menschen und ihren politischen Kämpfen weltweit zu zeigen.

Anfrage 18: FreiKarten für Neugeborene
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 14. August 2025

1. Wie viele sogenannte FreiKarten wurden in 2024 und in 2025 (Stichtag 30. Juni) für Neugeborene und Kleinkinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr ausgestellt und versandt? Bitte getrennt nach Jahren für Bremen und Bremerhaven beantworten.

2. Bei welchen teilnehmenden Betrieben oder Festen wurden wie viele FreiKarten in 2024 und in 2025 (Stichtag 30. Juni) für Neugeborene und Kleinkinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr eingesetzt? Bitte die jeweils fünf am häufigsten aufgesuchten Betriebe und Feste getrennt nach Jahren für Bremen und Bremerhaven nennen.

3. Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit welcher Entgeltgruppe sind in welchen Organisationseinheiten mit der Bearbeitung und Abwicklung der FreiKarten beschäftigt? Bitte getrennt für Bremen und Bremerhaven beantworten.

Zu Frage 1:

In 2024 wurden den 0-2-jährigen in der Stadt Bremen 14.711 FreiKarten und in Bremerhaven 2.780 FreiKarten zur Nutzung bereitgestellt.

In 2025 (bis 30. Juni 2025) wurden in der Stadt Bremen den 0-2-jährigen 13.504 FreiKarten und in Bremerhaven 2.106 FreiKarten zur Nutzung bereitgestellt.

Insgesamt ist derzeit im Land Bremen von einer Berechtigtenanzahl von knapp 119.000 Kindern und Jugendlichen von 0 – 18 Jahren auszugehen.

Zu Frage 2:

Da bei Einlösung der FreiKarte keine personenbezogenen Daten erhoben werden, kann eine solche Auswertung nicht erfolgen.

Zu Frage 3:

Die Bearbeitung und Abwicklung der FreiKarte erfolgt im Land Bremen (Bremen und Bremerhaven) zentral in der Senatskanzlei Bremen. Hier sind verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unterschiedlichen Organisationseinheiten, wie zum Beispiel in der Pressestelle, im Justitiariat, in der IT oder im Haushaltsreferat im Rahmen ihrer Tätigkeit u.a. auch mit der Abwicklung der FreiKarte beschäftigt, die Arbeitsanteile variieren je nach Aufwand. Daneben sind im Projektteam FreiKarte vier Personen - zum Teil allerdings nur mit etwa der Hälfte ihrer Arbeitszeit - vor allem mit den Themen Kartenversand, Vertragsmanagement, Kund:innenensupport und Konzeptentwicklung befasst. Die sachbearbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Projektteam sind den Besoldungsgruppen A6-A11 BremBesG zugeordnet. Die Stelle der Projektleitung ist derzeit vakant und wird übergangsweise im Rahmen eines befristeten Vertrages durch eine pensionierte Mitarbeiterin wahrgenommen. Für die Fortsetzung der Freikarte sind insgesamt 5 VZE kalkuliert, das entspricht dem bisherigen Personaleinsatz.

Anfrage 19: Klärung des asylrechtlichen Status unbegleiteter minderjähriger Ausländer im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Hetav Tek, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 19. August 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele unbegleitete minderjährige Ausländer befinden sich aktuell in der Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe der Städte Bremen und Bremerhaven und wie viele von ihnen haben bislang keinen Asylantrag gestellt?
2. Wie viele ehemals unbegleitete minderjährige Ausländer haben in Bremen und Bremerhaven seit dem 1. Januar 2022 kurz vor der Volljährigkeit (durch Amtsvormünder), nach der Volljährigkeit und der Fortführung Hilfen zur Erziehung und nach dem Ende der Zuständigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe einen Asylantrag gestellt?
3. Welche Vorgaben bestehen für die Amtsvormünder in Bremen und Bremerhaven hinsichtlich der Entscheidung, ob und wann ein Asylantrag für unbegleitete minderjährige Ausländer gestellt wird und in wie vielen Fällen wurde seit 2022 bewusst kein Antrag gestellt, weil andere Aufenthaltstitel angestrebt wurden?

Zu Frage 1:

In der Stadtgemeinde Bremerhaven wurden zum 31. Juli 2025 acht unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer betreut. In der Stadtgemeinde Bremen waren es zum gleichen Stichtag 217 unbegleitete Minderjährige. Die Anzahl der Personen, für die aktuell noch kein Asylantrag gestellt wurde, wird statistisch nicht erfasst.

Zu Frage 2:

Der Zeitpunkt der Asylantragstellung wird durch die Jugendämter nicht statistisch erfasst. Zum Erhebungszeitpunkt 22. August 2025 befanden sich in der Stadtgemeinde Bremen nach den Daten des Jugendamtes Bremen insgesamt 118 als unbegleitete minderjährige Ausländer eingereiste junge Menschen im Asylverfahren.

Zu Frage 3:

Amtsvormünder unterliegen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben keinen behördlichen Weisungen. Die Motive der Amtsvormünder, einen Asylantrag zu stellen oder nicht zu stellen, werden statistisch nicht erfasst.

Anfrage 20: Hat das Kompetenzgerangel zwischen Luft- und Raumfahrtministerium im Bund Auswirkungen auf Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 2. September 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Auswirkungen haben die derzeit in der Bundesregierung ungeklärten Zuständigkeiten hinsichtlich Luft- und Raumfahrt zwischen den Ministerien und die damit ungeklärte Besetzung des Aufsichtsrates des Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) auf den Forschungs- sowie Luft- und Raumfahrtstandort Bremen?
2. Inwieweit sind davon Entscheidungen, Förderungen und geplante Projekte betroffen, welche die Institute im Land Bremen betreffen?
3. Vor dem Hintergrund der Esa-Ministerratskonferenz in Bremen: Wann rechnet der Senat mit Klärung des aktuellen Schwebezustandes in den Zuständigkeiten?

Zu Frage 1:

Die Zuständigkeiten in der Bundesregierung zu den Themen Luft- und Raumfahrt sind im Organisationserlass der Bundesregierung vom 6. Mai 2025 geregelt. Dies betrifft auch die Zuständigkeit für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), die nach dem Organisationserlass beim Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt liegt.

Nach Kenntnis des Senats ist der Organisationserlass des Bundes allerdings noch nicht bzw. nicht vollständig umgesetzt.

Dieses führt zum Beispiel zu Verzögerungen bei der Umsetzung von regulatorischen Maßnahmen.

Weiterhin wurden die aufgrund des Koalitionsvertrages auf Bundesebene bestehenden Erwartungen des Senats an die Ausstattung der relevanten Haushaltpositionen im Bereich Luft- und Raumfahrt in den Verfahren zur Aufstellung der Haushalte 2025 und 2026 nicht erfüllt.

Die Haushaltsansätze des Bundes für nationale Luft- und Raumfahrtbudgets oder den deutschen Beitrag zum Haushalt der ESA (European Space Agency) haben direkte Auswirkungen auf die Aktivitäten der Luft- und Raumfahrtwirtschaft und -wissenschaft am Standort Bremen.

Nach Einschätzung des Senats hat die Vakanz des Aufsichtsratsvorsitzes des DLR derzeit keine negativen Auswirkungen auf Bremen.

Zu Frage 2:

Nach Kenntnis des Senats kommt es aufgrund des noch nicht beschlossenen Bundeshaushalts für 2025 und aufgrund der Neuzuteilung der Ressortzuschnitte teilweise zu Verzögerungen und Unsicherheiten. Betroffen sind sowohl Entscheidungen über einzelne Förderungen als auch die Projektplanung. Im Zuständigkeitsbereich des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt ist beispielsweise die Quantencomputing Initiative angehalten worden.

Zu Frage 3:

Der Senat hofft auf eine baldige Umsetzung des Organisationserlasses der Bundesregierung. Ein Zeitrahmen ist dem Senat diesbezüglich nicht bekannt.

Anfrage 21: Wie ist der Stand beim Klima Campus?**Anfrage der Abgeordneten Gökhan Brandt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 4. September 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der Fortschritt der Module des Klima Campus?
2. Wurden im Zusammenhang mit dem Klima Campus seit Beginn des Jahres Verträge gekündigt und wenn ja, welche und welche Auswirkungen haben diese Vertragskündigungen auf die Module des Klima Campus?
3. Warum ist für Bremerhaven nur eine digitale Präsenz im Klimahaus vorgesehen, waren Organisationseinheiten der Stadt Bremerhaven in der Entscheidungsfindung beteiligt?

Zu Frage 1:

Im Modul 1 des Klima Campus sollen klimarelevante Berufe praktisch erprobt und Einblicke in Ausbildung und Betriebe gewonnen werden. Gegenwärtig befindet sich das Modul (TecLab, Deutsche Windtechnik) im Aufbau: Die Bauunterlagen werden fortlaufend an die Anforderungen der Bauordnung angepasst, parallel werden Organisationsstrukturen vorbereitet und durch die Interessenbekundungen verschiedener Akteur:innen eröffnen sich zusätzliche Perspektiven.

Im Modul 2 (Zech / ROM, Schuppen 4) werden in enger Abstimmung mit den zuständigen Senatsressorts die planerischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konkretisiert. Der Fokus liegt auf Sanitär- und intelligenter Gebäudetechnik; die Zusammenarbeit mit dem Handwerk sowie eine private Investition bilden hierfür die

Grundlage. Die Zech-Stiftung bringt ihre Expertise aktiv ein – ein wichtiger Schritt, um die langfristige Tragfähigkeit und Attraktivität des Moduls sicherzustellen. Die Module 3 und 4 (Technisches Bildungszentrum und Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung) verzeichnen ebenfalls Fortschritte: Vorläufige Ergebnisse der Baumasenstudie fallen positiv aus, parallel werden die Wirtschaftlichkeitsprüfungen vorbereitet. Mit der anstehenden Entscheidung zur Finanzierung und den geplanten Förderanträgen rückt die Realisierung auf der Überseeinsel näher, die sich als innovativer Standort für moderne Lernformen positioniert.

Zu Frage 2:

Seit Beginn des Jahres gab es keine Vertragskündigungen im Zusammenhang mit dem Klima Campus.

Zu Frage 3:

Bremerhaven ist als integraler Bestandteil des modular aufgebauten Klima Campus fest eingebunden. Mit dem Klimahaus bringt die Stadt einen spezialisierten Bildungsort ein, an dem die Ausstellung „Zeitreise in eine klimaneutrale Zukunft“ realisiert wird. Mit dem Senatsbeschluss vom 4. März 2025 wurde die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration beauftragt, die Planungen des Berufsorientierungsparcours in Bremen eng mit dem Klimahaus abzustimmen und gezielt Mittel für die Ausstellungskonzeption bereitzustellen. Damit wird Bremerhaven sowohl inhaltlich wie finanziell unter der noch zu entwickelnden Dachmarke Klima Campus gestärkt und erhält eine überregionale Sichtbarkeit. Im Zuge der Konzeptentwicklung für den Klima Campus wurden Gespräche mit unterschiedlichen Akteur:innen geführt, darunter auch Vertreter:innen aus Bremerhaven. Die konkrete Ausgestaltung der Präsenz Bremerhavens erfolgt fortlaufend in enger Abstimmung mit den beteiligten Institutionen und kann je nach Projektfortschritt weiterentwickelt werden.